

LESERBRIEFE

An der Atomausstiegsfrage scheiden sich die Geister

Zur Abstimmung vom 26. September in Nidwalden: «Für schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie»

☞ Schweden hatte 1978 den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Die zehn schwedischen Kernreaktoren liefen aber weiter, weil auch das sozialdemokratisch regierte Land auf den günstigen und CO₂-freien Strom aus ihren AKW nicht verzichten konnte. Vor wenigen Monaten hat das schwedische Parlament nun entschieden, den Ausstiegsbeschluss definitiv aufzuheben und ihre Stromversorgung weiterhin hauptsächlich auf Kernkraftwerke abzustützen. Begründet wird diese parlamentarische Entscheidung Schwedens mit wirtschaftlichen, ökologischen und versorgungspolitischen Überlegungen. Wirtschaftlich: Strom aus Kernkraftwerken ist bedeutend günstiger als alle denkbaren Alternativen zu deren Ersatz. Ökologisch: Jedes Kernkraftwerk schneidet besser ab als alle alternativen/erneuerbaren Stromquellen, weil der Strom unter Beanspruchung von wenig Landfläche praktisch CO₂-frei produziert wird. Versorgungspolitisch: Kernkraftwerke erzeugen im Inland Bandstrom, der jederzeit, wenn man ihn braucht, zur Verfügung steht und nicht zufällig anfällt, wie dies beispielsweise beim Wind- und Solarstrom der Fall ist. Wie Schweden sollte auch das Nidwaldner Volk den sicheren Weg wählen und Nein zur SP-Initiative einlegen.

RUEDI WASER, LANDRAT, HERGISWIL

☞ Nidwalden ist ein Wachstumskanton. Es ist tatsächlich anzunehmen, dass der Stromverbrauch ansteigen wird. Auch wenn der Stromverbrauch in den nächsten Jahren weiter zunimmt, ist es möglich, den Atomstrom zu ersetzen und mit erneuerbaren Energien den Mehrverbrauch aufzufangen. Die SP-Initiative will, dass in Zukunft nur noch in saubere Energieträger investiert wird. Der Kanton muss eine neue Eignerstrategie, eine neue Energiepolitik entwickeln, die auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit abstellt. Heute setzen bereits einige Kantone und Städte auf sauberen Strom und investieren im grossen Stil in Beteiligungen an erneuerbaren Energiequellen. Es ist alles nur eine Frage des politischen Willens.

Es ist klar: Unser EWN soll auch in Zukunft einen hohen Eigenversorgungsgrad ausweisen, aber nicht wegen Beteiligungen an Kernkraftwerken. Vielmehr dank dem Ausbau der Produktionsanlagen und dank einer neuen, weitsichtigeren Beteiligungspolitik!

THOMAS MATHIS, OBERDORF

☞ Wie zu alten, von ideologischen Grabenkämpfen geprägten Zeiten wollen uns die Gegner des Atomausstiegs weismachen, die Lichter im Kanton gingen aus, und unser EWN ginge unter, wenn es bis in dreissig Jahren den Bezug von Atomstrom langsam abbauen müsste.

Die gleichen Experten sagten auch vor sieben Jahren für unser EWN schlimmste Zeiten voraus, als es um die Privatisierung ging. Der Verwaltungsrat wollte um alles in der Welt die Form der Aktiengesellschaft. Das Volk sagte zur Umwandlung in eine AG aber klar Nein – und heute bedauert beim EWN niemand mehr diesen klugen Volksentscheid. Der Verwaltungsrat schätzt die Unabhängigkeit, und unser EWN ist fit, agil und selbstständig im Markt.

Dass wir in einer Zeitspanne von dreissig Jahren geordnet aus der Abhängigkeit vom gefährlichen Atomstrom aussteigen können – wenn der politische Wille vorhanden ist – zeigt das Szenario IV des Bundesamtes für Energie auf. Und auch unser EWN sieht ein, dass es auf die erneuerbaren Energien setzen muss, und beteiligt sich an einem Windpark in der Ostsee. Jetzt gilt es, diesen Pfad konsequent einzuhalten.

Mindestens 15 Milliarden Franken kostet ein neues AKW. Wir können dieses Geld aber nur einmal ausgeben. Verwenden wir es für zukunftsgerichtete Technologien und damit Arbeitsplätze in der Region statt für neue Abhängigkeiten vom Ausland.

NORBERT FURRER, PRÄSIDENT GRÜNE NIDWALDEN

☞ Wer Nein sagt zum Atommülllager am Wellenberg, muss Ja sagen zur Atomausstiegsinitiative. Alles andere ist verantwortungslos und scheinheilig. Scheinheiligkeit ist vor allem den bürgerlichen Parteien vorzuzwerfen. Diese sonnen sich im Moment im Widerstand gegen ein Atommülllager am Wellenberg, gleichzeitig wollen sie uns weismachen, dass es auch langfristig ohne Strom aus Atomkraftwerken und somit weiterem Atommüll nicht geht. Damit aber nicht genug: In Leserbriefen propagieren die Gegner der Initiative bereits heute den Bau neuer Atomkraftwerke.

Die Nidwaldner kämpfen seit Jahren erfolgreich gegen ein Endlager für Atomabfälle am Wellenberg. Wie die letzten Monate zeigen, ist dieser Kampf noch nicht zu Ende. Lassen wir uns nichts vorgaukeln, bleiben wir glaubwürdig und standhaft und sagen am 26. September überzeugt Ja zu einem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie.

BENNO ZURFLUH, STANS

Gegenvorschlag ist die beste Lösung

Zur kantonalen Volksabstimmung vom 26. September in Obwalden zum Hochwasserschutz

☞ Wir stimmen darüber ab, ob die beiden Stollenvarianten Ost und West auf den gleichen Planungsstand mit dem bereits vorliegenden Projekt Tieferlegung und Verbreiterung der Sarneraa gebracht werden sollen. Es handelt sich also bei dieser Abstimmung – nicht wie teils suggeriert wird – bereits um einen Variantenentscheid.

Ich bin der klaren Ansicht, dass die Gegenüberstellung aller drei auf den gleichen Planungsstand gebrachten Varianten die optimale Grundlage für den schlussendlich zu fällenden Variantenentscheid darstellt: Für einen seriösen Entscheid braucht es mehr als vage Schätzungen bezüglich der möglichen Kosten. Es braucht echte Transparenz und verlässliche Zahlen. Weder die Variante Ost noch West sind auf dem jetzigen aktuellen Planungsstand mit der vorliegenden Variante Tieferlegung Sarneraa objektiv vergleichbar. Nur mit einem gleichen Planungsstand kann Gleiches mit Gleichem verglichen und dann auch seriös darüber entschieden werden. Nur so kann zudem garantiert werden, dass beim Bund schlussendlich ein bewilligungs- und gleichzeitig subventionsfähiges Projekt möglichst

mit dem maximalen Subventionssatz von 65 Prozent eingereicht werden kann. Ich persönlich bin überzeugt, dass der Gegenvorschlag von Regierung und Kantonsrat der richtige Weg ist, um den Hochwasserschutz im Sarneraatal möglichst bald verwirklichen zu können. Ich will keine finanziellen Überraschungen erleben, sondern erwarte eine echte Vergleichbarkeit als Entscheidungsgrundlage. Diese auf erhärtete Zahlen und Fakten basierende Vergleichbarkeit sollte auch im Interesse der IG Hochwasser sein. Denn wenn die Variante Stollen Ost so klar überzeugt, wie es das Initiativkomitee uns weismacht, muss die IG auch den Vergleich mit den anderen Varianten nicht scheuen.

PETER SPICHTIG, KANTONS RAT, SACHSELN

☞ Sollten wir die Initiative Stollen Ost der IG Hochwasserschutz annehmen, dann werden in etwa 20 Jahren mit dem Stollenprojekt Ost und der Verbreiterung und Vertiefung der Sarneraa zwei Bauprojekte verglichen. Doch bevor es so weit ist, stellt sich grundsätzlich die Frage, wie mit 1,8 Millionen Franken ein bewilligungsfähiges Projekt erarbeitet werden soll. Denn gemäss Berechnungen und verbindlich vorliegenden Offerten kostet die Ausarbeitung der Variante Ost rund 2,7 Millionen Franken. Also deutlich

mehr, wie es uns die Initiative vorgibt. Gemäss Abstimmungsbroschüre soll nun plötzlich auch die Ausarbeitung der Aufwertung der Sarneraa im selben Kredit Platz haben.

Und noch eine Frage drängt sich auf: Was passiert, wenn die Kosten, welche die IG vorgibt, ebenfalls nicht stimmen und wir uns mit einem Projekt Ost mit 100 Millionen Franken konfrontiert sehen? Es gibt zwei Lösungen für diesen Fall: Obwalden baut die Verbreiterung und Vertiefung der Sarneraa oder beginnt nochmals mit der Planung der dritten möglichen Variante West. Ich möchte, dass wir nach der Planung drei Projekte vergleichen können. Dies ist nur möglich, indem wir jetzt gemäss Gegenvorschlag beide Varianten mit einem Stollen ausarbeiten.

PAUL VOGLER, KANTONS RAT, FLÜELI-RANFT

☞ Wir haben endlich die Chance, mit dem Hochwasserschutz vorwärtszumachen. Deshalb stimme ich für den Gegenvorschlag von Regierung- und Kantonsrat und gegen die Volksinitiative der IG Hochwasserschutz. Wieso?

- Auch ich habe damals die Volksinitiative unterschrieben. Sie hat zum Glück ihren Zweck erfüllt, und wir sind einen wichtigen Schritt weiter gekommen.
- Heute brauchen wir nun eine Auslegeordnung, um alle drei Varianten technisch und finanziell vergleichen zu können.

- Der Kanton Obwalden braucht die maximale Mitfinanzierung des Bundes und ist deshalb auf den gleichen Projektierungsstand der drei Varianten angewiesen. Ein Ja für den Gegenvorschlag dient dem Anliegen der Bevölkerung – auch jenem der Stollenbefürworter.

PETER WÄLTI, KANTONS RAT, GISWIL

☞ Im Hochwasserschutz hat die Regierung «eine schwache Nummer» geboten. Das ärgert viele Leute, auch mich. Dies könnte Grund genug sein, am 26. September gegen die Regierung zu stimmen, jedoch für die Initiative. Aber was ist wichtig für uns, für Obwalden? Die bestmögliche Lösung für den Hochwasserschutz zu finden. Aus drei Varianten zu wählen ist besser, als wenn es nur zwei sind. Soll man bei einem 80-Millionen-Projekt eine Variante weglassen, bevor man die Vor- und Nachteile genau kennt? Nein, das wäre fahrlässig. Nachmals: Der Ärger ist da, und dies mit Recht. Für eine «Strafaktion» gegen die Regierung ist aber der Hochwasserschutz viel zu wichtig. Deshalb lasse ich meinen Ärger beiseite und stimme für den Gegenvorschlag. Weil dies für mich und für den Kanton die bessere Lösung ist.

BEAT VON WYL, SP-KANTONALPRÄSIDENT



Das Sarner Dorf wurde beim Unwetter 2005 überschwemmt.

Archivbild Robert Hess

Einheitsgemeinde? «Bleiben wir bei den bewährten Strukturen»

Zur Abstimmung vom 26. September in Stans über die Einheitsgemeinde

☞ Effizient, klar strukturiert, ohne Doppelspurigkeiten, mit optimalem Einbezug der Ressourcen und gesamtheitlichem Blick auf die Planung werde in Zukunft die Bildung aus der Sicht der Befürworter der Einheitsgemeinde in Stans verwaltet.

Dass die Schulgemeinde diesen Leistungskatalog auch ohne Zusammenlegung weitgehend bereits heute erfüllt, wird mir von vielen an der Schule beteiligten Menschen, Eltern und Mitarbeitenden bestätigt. Auch finde ich in der Abstimmungsbroschüre keine zwingenden Argumente, welche für die Abschaffung der Schulgemeinde sprechen.

Den heutigen und zukünftigen Bedürfnissen der Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen kann die neue Gemeindeordnung zu wenig Recht tragen, müssen doch gemäss neuer Ordnung die pädagogischen und finanziellen Entscheide getrennte Wege gehen. Dies erschwert das Fällen wichtiger pädagogischer Entscheide und führt zu längeren Instanzenwegen. Zudem dürfen die Stimmberechtigten nicht mehr direkt über das Bildungsbudget bestimmen, weil dies im Gesamtbudget der Gemeinde integriert wird. Dies schwächt den Stellenwert der Bildung

und gefährdet den in der Schweiz guten Ruf des Bildungsstandorts Stans.

Verlierer sind unsere Kinder und Jugendlichen mit ihren Eltern sowie die Mitarbeiter der Schule Stans, welche die zu erwartenden Machtkämpfe und Sparübungen in den Behörden zu spüren bekommen werden. Wer das traditionell gewachsene und zukunftsorientierte Modell der Schulgemeinde zum Wohle unserer Jugend stärken will, legt wie ich ein überzeugtes Nein in die Urne.

OTMAR MÜLLER, SCHULZENTRUMSLEITER STANS

☞ Die Befürworter der Einheitsgemeinde werben für ihr Anliegen mit vielversprechenden Behauptungen, die sich bei genauerem Hinsehen als sehr fraglich erweisen:

- Bringt die Einheitsgemeinde wirklich einfache, klare Strukturen? Im Gegenteil. Aufgaben und Kompetenzen, die heute allein beim Schulrat liegen, würden neu auf drei Gremien (Gemeinderat, Schulkommission, Personalkommission) sowie den Schulleiter verteilt. Schafft dies kurze Entscheidungswege?
- Fallen bei der Einheitsgemeinde Doppelspurigkeiten weg? Welche? Ich habe in den 28 Jahren meiner Tätigkeit als Schulleiter keine Doppelspurigkeiten festgestellt, die für die Sache von Nach-

teil gewesen wären. Wohl haben beide Räte Finanzen und Liegenschaften zu verwalten; doch diese «Doppelspurigkeit» ist kostengünstig. Ich bin fest überzeugt, dass die Zusammenlegung dieser Aufgaben eine Aufstockung des Verwaltungspersonals bringen würde.

- Sichert die neue Gemeindeordnung eine häuslicherische Nutzung der Ressourcen? Werden sie heute nicht häuslicherisch genutzt? Es ist doch eine Tatsache, dass der Aufwand für Administration und Verwaltung unverhältnismässig wächst, je grösser ein Gebilde ist. Entscheidungskompetenz und damit Verantwortung möglichst «nach unten» delegieren: Das motiviert und optimiert.

Zusammenlegungen, Vereinheitlichungen, Zentralisierungen und Globalisierungen sind immer problematisch. Wir können darüber täglich in der Zeitung lesen. Es gibt dabei immer Gewinner und Verlierer. Bei der «Einheitsgemeinde» wäre der Gemeinderat der Gewinner, unsere Schulkinder die Verlierer. Bleiben wir bei den bewährten Strukturen, die unserer Jugend auch in Zukunft eine wirklich optimale Schulbildung garantieren!

HANS SCHMID, STANS

☞ Die Nidwaldner Schulen haben schweizweit den Ruf als innovativ und fortschrittlich. Dies ist unter

anderem den autonomen Schulgemeinden zu verdanken. Die wichtigste Frage rund um die Diskussion um die Einheitsgemeinde lautet für mich deshalb: Ist die Bildung so wichtig und uns deshalb so wertvoll, dass sie eine besondere Stellung haben muss? Die Antwort lautet: Ja. Denn Bildung ist unser wichtigster Rohstoff. Sie braucht im Vergleich mit anderen Gemeinderes-

Bildung ist unser wichtigster Rohstoff.

sourcen eine privilegierte Stellung. Ich bin klar der Meinung, dass sich unser System mit einer selbstständigen Schulgemeinde bewährt hat und beibehalten werden muss.

Wenn die FDP in ihren Inseraten behauptet, die Stimmbürger würden weiterhin bestimmen können, wie viele Mittel der Bildung zukommen sollen, stimmt das nur bedingt. Denn in einer Einheitsgemeinde kann das Stimmvolk nur noch über das Gesamtbudget abstimmen.

Die Zusammenlegung ist in meinen Augen eine kostspielige Übung, die für die Bildung keine offensichtlichen Vorteile bringt. Der Experte für Gemeinde-

zusammenlegungen hat es in seinem Referat am 1. September treffend formuliert: «Wenn nicht beide Körperschaften diese Zusammenlegung in positiver Zusammenarbeit und ohne jegliches Hierarchiedenken wollen, so lasst es sein.» Diese Voraussetzung ist in Stans nicht gegeben. Deshalb erhoffe ich mir für die Bildung in Nidwalden am 26. September ein klares Nein.

KURT BLÄTLER, SCHULZENTRUMSLEITER PESTALOZZI

Frist für Leserbriefe

ABSTIMMUNGEN red. In unserer Zeitung findet eine engagierte Leserdiskussion zu den Abstimmungen in Nid- und Obwalden vom 26. September statt. Das freut uns. Allerdings bitten wir um Nachsicht, dass wir angesichts der Fülle von eingesandten Leserbeiträgen nicht alle sogleich berücksichtigen können. Auch behält sich die Redaktion vor, Leserbriefe nicht zu veröffentlichen oder zu kürzen. Die **Eingabefrist für Lesermeinungen** zu den kantonalen und kommunalen Abstimmungen vom 26. September läuft **morgen Samstag** ab. Wir danken fürs Verständnis.